

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

43 (22.10.1948)

### Mentalitäts-Preise

Die deutsche Preis-Mentalität ist derart widerspruchsvoll, daß man nur schwer durchdringt. Einer schimpft auf den anderen, einer schließt die Schuld auf den anderen. Der eine sagt, die Unternehmer und Bauern verlangen zu hohe Preise, der andere sagt, die Handlspanssen sind zu hoch, der dritte sagt, die Konsumenten sind selbst daran schuld, daß die Preise so steigen, weil diese von selbst übermäßig viel Geld anbieten. Wie wir auf der einen Seite schon eine gewisse Tendenz zur Preisstabilität feststellen können, d. h. daß die Konkurrenz sich auswirkt, finden wir bei den Bauern noch gelegentlich die Tendenz: Wenn wir die Preise, die wir haben wollen, nicht bekommen, dann halten wir eben zurück (wie jetzt bei den Kartoffeln) oder wir pflügen das Gemüse wieder unter, wie es jetzt in Bayern geschieht ist.

Wenn könnte das alles nicht so gefährlich werden, weil sich dieses schon von selbst einigelt, soweit man es sich einspielen läßt, wenn nicht immer wieder in amtlichen Äußerungen systematisch eine falsche Mentalität propagiert wird. Es scheint nach all den vielen Reden für jeden in Deutschland eine Meinung darüber zu herrschen, daß die Preise von Kosten abhängen, und daß die Preise wiederum die Grundlage für die Lohnberechnung seien, wobei nicht nur der marktliche Grundwert der Substanzmittelpreise eine Rolle spielt, sondern auch der primitive Grundwert von den täglichen Ausgaben her; denn nur, wenn man auf diesem Standpunkt steht, kann man so argumentieren, wie man es heute immer wieder hört: Wenn die Kosten steigen, müssen auch die Preise steigen. Nun ist die Wirtschaft kein Mathematikunterricht und eine Parallelität der Entwicklungen ist auf einem so simplen Wege nicht zu beweisen. Stellt man wirklich einmal parallele Entwicklungen fest, dann nur, wenn sich in einem besonderen Fall kostensteigernde und kostenmindernde Elemente so kompensieren, daß eine Parallelität entsteht. Das ist aber in den meisten Fällen nicht so. Daß psychologische Faktoren, die sich einer mathematischen Berechnung widersetzen, einen erheblichen Einfluß auf die Preisgestaltung haben, wird überhaupt nicht erwähnt. Ebenso wenig wird, wenn man das Gesetz von Angebot und Nachfrage im Munde führt, daran gedacht, daß nicht die Mengen und Preise allein zur Beurteilung herangezogen werden müssen, sondern auch die Grenzen des Interesses. Es steigt nämlich auch bei sinkenden Preisen die Nachfrage nicht immer — und in Zeiten steigender Preise pflegt eine rationale, nämlich vorzügliche Nachfrage aufzutreten. Auch Bedarfveränderungen, manchmal aus Preisgründen, meist aber aus anderen Gründen, machen jede Berechnung zunichte.

Es gibt noch einen anderen Grund, aus dem man nicht von den Kosten ausgehen kann, die die Preise bestimmen. Die Substanzhaltung. Bei steigenden Rohstoffpreisen muß ein Fabrikationsbetrieb, wenn er seine Substanz erhalten will, auch für die Waren, die noch mit billigeren Rohstoffen hergestellt wurden, Preise verlangen, die ihm die Anschaffung neuer Rohmaterialien gestatten. Wir sagen, er muß

# Mehr Kredite - oder Produktionsrückgang

### Gerüchte um einen Notenumtausch — Illegale D-Mark-Unterkurse im Ausland — Banken weniger flüssig Zwei neue Länderbank-Wochenausweise — Kranke Länderfinanzen — Wie es zum Festkontenkompromiß kam

Neben den vielen kleineren und größeren Schwestern, die uns unsere Wirtschaft macht, steht als größte immer noch die monetäre Situation. Die Bank Deutscher Länder bemüht sich langsam mit ihren Ausweisen nachzukommen. In der vierten Ausgabe konnten wir den 1. Ausweis zum 7. September besprechen. Heute liegen die Wochenausweise zum 13. und 21. September vor. Wir hoffen und vermuten, daß nun bald diese Wochenausweise à jour gebracht werden, so daß man die neueste Entwicklung daraus ablesen kann.

Das ist insbesondere wichtig, weil die Gerüchte nicht verstummen wollen, die von einer neuen Abrechnung oder einem neuen Notenumtausch sprechen. Das Gerücht, die DM-Noten würden neu abgestempelt, ist inzwischen demontiert worden. In die Auslandskurse ist aber ein neues Gerücht gelangt, das wir den „Basler Nachrichten“ vom 19. Oktober entnehmen. Die Zeitung läßt sich aus Frankfurt melden, daß ein Umtausch der zur Zeit laufenden Banknoten unmittelbar bevorsteht. Die Meldung steht natürlich harmlos aus, weil nur gesagt wird, daß die Noten ohne Unterschrift nur durch Noten der Bank Deutscher Länder ersetzt werden sollen. Jedoch heißt es in der Meldung weiter — und das scheint uns das Wichtigste zu sein — es sei bei dieser Gelegenheit beabsichtigt, den Notenumfang noch einmal drastisch zu reduzieren, um den Preisanstieg mit deflationären Maßnahmen zu bremsen. Worin heißt es dann weiter: „Die Bevölkerung befürchtet, daß größere Notenbeträge ohne Bankguthaben auf ihr Herkommen überprüft und steuerlich schärfer erfaßt werden. In den letzten Tagen hat ein starker Kaufdruck festzustellen.“

Wir können und wollen diese Gerüchte nicht glauben, halten sie aber doch für unsere Pflicht, sie zu registrieren. Zweifellos ist der Notenumfang der Bank Deutscher Länder etwas aus den Händen geritten. Wir haben aber das Gefühl, daß jetzt doch stärker wieder eine Kontrolle möglich ist, und die Länderbank die Zügel etwas fester halten kann. In den letzten Tagen hat sich im Zusammenhang damit eine ständige Veränderung auf der finanziellen Seite unseres Wirtschaftslebens gezeigt. Die Banken sind nicht mehr so flüssig, vor allem weil sie an die Zentralbanken zurückzahlen muß-

ten, also nicht so sehr wegen steigender Kreditbeanspruchung und doch wieder aus diesem Grunde. Zum ersten Male seit der Währungsreform steigen sich wieder die Preise auf dem freien Markt; der erwähnte Kaufdruck ist also vorhanden. Wir bringen dies allerdings stärker mit der Freigabe von 30% der Festkonten in Verbindung. Jedemfalls steht fest — entgegen der Entwicklung bisher — daß Wechsel unter dem amtlichen Bankdiskontsatz nicht mehr angesetzt werden können. Auch der Tagesgeldsatz ist gestiegen und liegt heute bei mindestens 2 1/2%.

#### Zwei neue Ausweise

Die beiden erwähnten neuen Wochenausweise der Länderbank können

naturlich in diesem Zusammenhang kaum mehr herangezogen werden, weil sie vier Wochen zurückliegen. Immerhin deuten sie diese Entwicklung bereits an. Es fällt z. B. stark auf, daß der Wechselbestand ungeheuer zugenommen hat. Die Länderbank zeigte am 7. September nur einen Wechselbestand von 37 Mill. am 15. September bereits 165,1 und am 21. sogar von 179,7 Mill. DM. Der Gegenposten ist fast gleicher Höhe ist bei der Zunahme des Notenumsatzes zu finden. Gewaltige Veränderungen sind, wie erwartet und auch gesund, auf dem Konto „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ festzustellen. Dieses Konto erschien im Ausweis vom 7. September mit 8,6 Mrd. DM, ging bis zum 15. September

auf 2,9 und bis zum 21. September auf 1,8 Mrd. zurück. Der Gegenposten ist auf der Aktivseite in der Erhöhung der Lombardforderungen gegen Ausgleichs-forderungen (etwa zur Hälfte) zu finden, und die andere Hälfte auf der Passivseite in der Senkung der Guthaben der angeschlossenen Landeszentralbanken. Wenn die Entwicklung weiter so angeht, dürfte das Konto „Interimsforderungen“ heute schon gelöst sein, und man könnte über diese, wirklich sehr hohen Beträge und deren Verbleib erst wieder etwas erfahren, wenn die Landeszentralbanken beginnen, ihre Ausweise zu veröffentlichen.

Dann erst würde der Schleier, der heute noch über unsere Finanzstruktur liegt, geloben sein. Insbesondere

Könnte man sich dann Gedanken machen, ob und in wie weit diese Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand aktiv sind. Diese Forderungen gehören zum neuen System unserer DM und es läßt sich heute noch kaum sagen, welche Wirkung dieses immerhin hohe Volumen noch haben wird. Man darf nicht verkennen, daß es sich hier um Beträge handelt, die das Kreditvolumen der privaten Wirtschaft erheblich übersteigen und fast zwei Drittel der Höhe des Notenumsatzes ausmachen.

Blicken wir über die Grenze, dann könnte man über manche Meinungen beunruhigt sein. So sieht man sich genötigt, in den USA scharfe Maßnahmen gegen den illegalen Verkauf der DM anzukündigen. Amerikanische Banken bieten öffentlich zu rd. einem Drittel ihres regulären Wertes DM-Noten an, nämlich zu 7—8 statt 20 Cent. Wir unsere Leser wissen, treten auch in der Schweiz hier und da größere DM-Notenumläufe auf, die zweifelslos illegale Charakter haben. Da die DM noch keine internationale Währung ist und keine illegale Kurse für die Bewertung der DM im Ausland völlig irrelevant sind, kann man das nicht steuern. Wichtig ist aber, daß das Vermögen 20 Cent = 1 DM wieder einmal in Diskussion steht. Die JEIA hat an mehreren in einzelnen Fällen bei Exporten einen Kurs bewilligt, der — vom deutschen Export her gesehen — günstiger war als der amtliche. Nicht nur im Zusammenhang mit dem Export, sondern auch mit der Möglichkeit ausländischer

# Großraum-Verbundwirtschaft

#### Der UNO-Energieschub für Europa

Das UNO-Energieschub für Europa tagte vom 13. bis 21. Oktober in Essen, wo die Frage der Verbesserung der europäischen Stromversorgung erörtert wurde. Gleichzeitigerweise das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen (RWE) aus Anlaß seines 50-jährigen Bestehens in einem umfassenden Sammelwerk zu dem alten Fragen der künftigen deutschen und europäischen Elektrizitätsversorgung Stellung. Auch die beiden Militärregierungen haben bei ihrem Besuch in Essen auf die Notwendigkeit erhöhter Stromerzeugung hingewiesen.

Man wird diesen Beitrag um so mehr beachten müssen, als das RWE sonst sehr schweigen zu sein pflegt und seine Kräfte mehr Taten als Worten verdankt. Im Jahre 1936 von Frankfurt aus durch die EAG Lehmann gegründet, hat es von der kleinen Stadtzentrale mit 2,7 Mill. kWh Absatz sich in 20 Jahren zum größten Elektrizitätsunternehmen Deutschlands entwickelt, das heute schon wieder annähernd 6 Milliarden kWh, etwa den Vierklingstand, erreicht hat. Aus den hierbei gesammelten Erfahrungen und der bewiesenen Leistung, kommt das RWE zu folgenden Ergebnissen: Typ der künftigen öffentlichen Stromversorgung kann nur die überregionale Großraumwirtschaft sein.

Was heißt nun Großraumverbundwirtschaft, und warum ist sie notwendig? Die Elektrizität ist durch die physikalischen Eigenschaften, nämlich Stromleitung und Verbrauch eines selbst und momenten unabhängigen Vorgang darstellbar, und die Tatsache, daß der Verbraucher die Erzeugungsböden durch seine Abnahme in jedem Augenblick neu bestimmt, ohne daß der Erzeuger sich darauf ändern einrichten kann, als durch Schaltung technischer wirtschaftlicher Gesetze, unterworfen. Diese zwingen ihn, da das große langfristige investierte Kapital nur einmal in 4 bis 5 Jahren umsetzbar ist, für diese Anlagen einen Dauerabsatz zu suchen, der nach Möglichkeit über die 24 Stunden des Tages gleichmäßig verteilt ist. Nur dann können Kraftwerks- und Nebenbetriebskosten niedrig gehalten werden. Das ist nun bei einem räumlich kleinen Kreis von Abnehmern nicht möglich, da 24 Stunden dauernde Stromerzeugung der Betriebe gegenüber wirtschaftlich eigenen Gesetzen unterworfen. Diese zwingen ihn, da das große langfristige investierte Kapital nur einmal in 4 bis 5 Jahren umsetzbar ist, für diese Anlagen einen Dauerabsatz zu suchen, der nach Möglichkeit über die 24 Stunden des Tages gleichmäßig verteilt ist. Nur dann können Kraftwerks- und Nebenbetriebskosten niedrig gehalten werden. Das ist nun bei einem räumlich kleinen Kreis von Abnehmern nicht möglich, da 24 Stunden dauernde Stromerzeugung der Betriebe gegenüber wirtschaftlich eigenen Gesetzen unterworfen.

regung aufnehmend ist. Öl, Gas, Kohle, Atomenergie, erst recht die kleinsten Windkraft werden heute bestehende Ziele erfüllen.

Für den Abtransport der Wasserkraft wird neben dem RWE auf ein Projekt einer 600-KV-Leitung von den Alpen nach dem Kölner Gebiet hingewiesen, das man jetzt erstmalig prüfen, bereits seit 20 Jahren in ihrer Planung verfolgt wurde und bis Kriegsausbruch völlig konstruktiv in Zusammenarbeit mit AEG, BBC, und RSW durchentwickelt war, als die Ereignisse diesem gewaltigen und in der Technik erstmaligen Plan ein vorläufiges Ende setzten. Mit dieser bisher in Europa nicht angestrebten Spannung — amerikanische Höchstspannungen sind nicht vergleichbar, da sie auf anderen Prinzipien beruhen — können 60% mehr an Leistung übertragen werden, als bei der bisher höchsten 220 KV RWE-Spannung.

Das RWE hat sich bereits mit 300000 kW vertraglich an Alpenwasserkraften beteiligt, von denen 200000 kW ausgebaut werden, als der Krieg den Schlußstrich setzte. Es hält nunmehr den Zeitpunkt für gekommen, dieses Projekt im Rahmen der westeuropäischen Energieplanung mitbringen zum Einsatz zu bringen. In dem Zusammenhang wird dann das künftige 400-KV-Europaprojekt entwickelt und untersucht. In diesem werden dann auf drei große westlich laufende Sammelleitungen die Wasserkraft der Alpenländer, die Gezeitenkraftwerke, die Dampfkraftwerke und die nordwest-schwedische Wasserkraft im Verbundbetrieb einspeisen. Dabei ist die Verständigung der europäischen Völker untereinander notwendig. Das Europa-Netz — gleichgültig ob in der RWE oder anderer Gestalt — ist damit Beitrag der Technik in der Verwirklichung einer europäischen Großraumwirtschaft.

Daß eine derartige Großraumverbundwirtschaft von allen künftigen ständigen Einflüssen weitestgehend gelöst bleiben muß, ist klar. Weder fatalistische noch berufsbahnende Wünsche anderer Wirtschaftszweige haben in ihr Platz. Zur rechtlichen Gestaltung der öffentlichen Versorgung vertritt das RWE daher den Standpunkt, daß die Idee der Wirtschaft planmäßig mit dem Ziele sicherer und billiger Versorgung für die Allgemeinheit zu betreiben, dazu führt, den Weg der Lenkung in der Form des bestehenden Energiewirtschaftsrechts weiterzuführen. Es bedarf dazu nicht der Übertragung von Eigentum. Die Durchführung der Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes wird mit der öffentlichen Exekutivgewalt über die Länder hinaus von diesen obersten Instanzen gewahrt werden müssen.

In dieser Hinsicht hat das RWE die Erledigung eines Bundesministeriums für öffentliche Energiefragen — beim Verfassungsausschuß in Herrenchiemsee beauftragt, das schon aus dem Grunde unerlässlich erscheint, weil bei dem kontinentalen Charakter der künftigen Elektrizitätswirtschaft, nur ein solches aus die Interessen der deutschen Raumes vertreten und sichern kann.

## ... wird der Schlange den Kopf zertreten

Das Scheitern wird auch bei einem esstabilisierten Volk, wie wir es sind, weitergedehnt. Man soll uns Deutschen die Wehrhaftigkeit nicht absprechen!

Nachdem man gegen Dr. Erbert nicht in Schwarz gerufen hat, ist von Dr. Schlange-Schönning die Zielsetzung, die auf dem nächsten Schützenfest, nämlich der Sitzung des Wirtschaftsrats, aufgestellt sein wird. Diese Zielsetzung ergibt sich auch besser, runde der Beklagte selbst zugegeben hat, daß er Fehler gemacht habe. Wir sind eben noch nicht so weit mit unserer Demokratie in Deutschland, daß ein Minister und ein verantwortlicher Mann ungestraft sagen kann, er habe etwas falsch gemacht. Unseres Erachtens könnte man allerdings in einem solchen Eingeständnis eher einen Weg zum Besseren finden, als wenn man zugibt, Fehler, nur um ihn nicht zuzugestehen, weitermacht.

Wir sind nun keineswegs der Meinung, daß Herr Schlange-Schönning in dem Punkt Fehler gemacht hat, den er meinte: Die Freigabe der Bewirtschaftung. Es kann sein, daß er recht hat, wenn er glaubt, die Versorgung im Winter sei gefährdet. Das Schlimme ist, daß weder er, noch andere Leute wissen, was in Deutschland an Nahrungsmitteln wirklich auf dem Markt kommen kann. Bis jetzt sieht es auch keineswegs so aus, als ob der Nachschub an Fleisch auf dem freien Markt nachgelassen habe. Was allerdings nicht nachgelassen hat, ist der Preisanstieg, gerade im agrarischen Sektor. So steigen die Preise für Kartoffeln lustig weiter. Und nun kommt etwas, worin eben Herr Schlange-Schönning nicht recht hat. Er sagte wörtlich: „Die soeben beschlossene Preissteigerung für Getreide und Vieh macht die Landwirtschaft vom schwarzen Markt unabhängig.“ Wie man in der Praxis sieht, stimmt das nicht. Der freie Markt, der den Bauern Preise bietet, zu denen es sich für sie lohnt zu verkaufen, wird weiter gut und gern beliefert. Es ist nun nicht ohne weiteres zu erkennen, ob die Preissteigerungen auf Knappheit zurückzuführen sind oder darauf, daß man jetzt wieder gegen die Bauern schärfer vorgehen will. Wir haben immer wieder betont, daß bei schärferen Vorgehen die Risikoprämie und damit auch die Preise steigen müssen. Es nützt nichts, über die habsgerigen Bauern herzufallen, wenn man vorher

dafür sorgt, daß die Risikoprämie ein-kalkulieren müssen.

Die Preisentwicklung am freien Markt ist im übrigen keineswegs besorgniserregend. Selbstverständlich gibt es Schwankungen, aber sie sind gering, und es zeigt sich keineswegs überall eine steigende Tendenz. Dafür ein paar Beispiele: Das kg Butter kostete am 20. Juli in Hamburg 27 DM, am 20. 8. 28, am 20. 9. 25 und Mitte Oktober etwas 29 DM. Das kg Zucker kostete am 20. 7. in Wiesbaden 7 DM, am 20. 8. 6 und Mitte Oktober 5,50 DM. Der kg Margarine kostete in Stuttgart am 20. Juli 28, am 20. 8. 10 und Anfang Oktober 23 DM. Berücksichtigt man, daß der amtliche Preis für das Ei jetzt auf 20 Pfennig erhöht wurde, dann sind die Preise am freien Markt Mitte Oktober nicht einmal um den gleichen Prozentsatz höher als bei den Fetten. Zwischen Köln und Dortmund kostete das Ei Mitte Oktober zwischen 14 und 16 Pfennig.

Wenn nun Herr Schlange-Schönning, wie er selbst sagte, meint, der Schwarzmarkt müsse verschwinden, weil der Bauer auf den schwarzen Markt verzichten könne, dann sind wir — und die Bauern — anderer Ansicht. Wir und die Bauern können auf die Bewirtschaftung verzichten, weil die Ware zum Verschieben bringt, die Preise auf dem freien Markt in die Höhe treiben und die nicht funktionierenden Kasse, wie sie den wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen.

Sollte nun Herr Schlange-Schönning abgelehnt werden, weil er zu wenig „geplant“ hat, dann sind wir im Belgien seiner Gegner, weil er wieder planen wollte.

## In dieser Nummer:

- Guier Wein, aber selten
- „Deutsche Investitionsbank“
- Grenzen der Produktionssteigerung
- Norddeutsch als Rivale
- Wirtschaft des entkommenen Gewinns
- Zustand Agrarpolitik der USA
- Schweiz kein „Marshall-Plan-Land“
- Osterrich aktiviert Südosthandel
- Frankreich gleicht den Franz an

## Vereinigung der JEIA und Oficomex

Am 18. Oktober wurde in Berlin ein Communiqué der französischen, amerikanischen und englischen Militärregierung über die Vereinigung der Außenhandelsstellen der französischen Zone und der Doppelzone veröffentlicht. Danach ist vorgesehen, daß die bis jetzt von Oficomex wahrgenommenen Außenhandelsbeziehungen der Einhaltung der bestehenden Kontakte und Abmachungen, die von Oficomex abgeschlossen wurden, zunächst von der JEIA getätigt werden.

In den Verwaltungsrat der JEIA werden zwei französische Vertreter aufgenommen. In den Vorstand und die gegenwärtig bestehenden ausführenden Organe der JEIA sowie in die Zentralstellen und regionalen Agenturen wird französische Personal einbezogen. Andererseits werden zum früheren Personal der Oficomex, das als eine Agentur der JEIA weiterbesteht, wird, amerikanische und britische Vertreter hinzugezogen. Bis spätestens 31. Dezember 1948 soll die Angleichung vollzogen sein.

### Frankische Zone im europäischen Plan

In der in Paris unterzeichneten europäischen Wirtschaftspolitik wird zur wirtschaftlichen Lage der französischen Besatzungszone festgestellt, daß man für das Jahr 1948/49 mit einem Defizit von 100 Mill. Dollar, das dem aus der ZBP-Hilfe zu erwartenden Betrag entspricht, rechnen muß. Man nimmt an, daß die in Dollar zahlbaren Einfuhren von 47 Mill. im Jahre 1947 auf 90 Mill. im Jahre 1948/49 steigen werden. Der Gesamtwert der Einfuhren wird von 110 Mill. im Vorjahr (hier eingeschlossen) auf 220 Mill. im Jahre 1948/49 anwachsen. Man nimmt an, daß die gesamte Ausfuhr von 120 Mill. Dollar (hier eingeschlossen) auf 145 Mill. ansteigen wird. Der Export in die westliche Hemisphäre, der 1947 völlig bedeutend war, wird 1948/49 ungefähr 1,5 Millionen betragen. Während der Export in die Teilnehmerländer sich auf 120 Mill. Dollar auswirken wird. Bei den intereuropäischen Zahlungen wird die französische Zone für 1948/49 in bescheidenem Ausmaß Schuldner sein.

### Ein Besatzungs-Denkmal

In einer Deklaration der Besatzungsstaaten an die Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas werden die Mitgliedstaaten zu Annahme folgender Grundätze ersucht, um die Unabhängigkeit bis zum Jahre 1952/53 wiederherzustellen. Diese Grundätze sind: 1. Die Anwendung des internationalen Handels im Wege eines freien Handels, der Zolltarife, gegenseitige Abhängigkeit der Investitions- und Produktionsprogramme.



# Grenzen der Produktionssteigerung

Für den wirtschaftlich Interessierten Zeitgenossen ist es heute in Deutschland schwer, sich ein einigermaßen klares Bild von der tatsächlichen Wirtschaftslage zu machen. Da wird auf der einen Seite über gewaltige Erhöhung der Produktion gesprochen, dann aber wieder zur vorsichtiger Beurteilung geraten, da werden Anregungen zur Preisentlastung gegeben, aber am laufenden Band amtlich Preise erhöht. Aus einem unserer vielen Länder werden höhere Arbeitslosenziffern gemeldet, aus anderen niedrigere. Wir wollen versuchen, aus diesem Durcheinander eine gerade Linie herauszufinden, einen sogenannten Trend, wie der Statistiker das nennt.

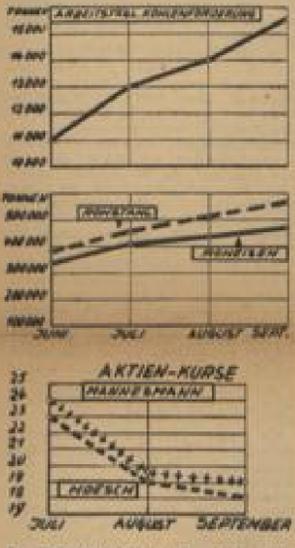
Beginnen wir bei der ökonomischen Beurteilung der Produktionssteigerung. Da ist bei uns bereits darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Eisen- und Stahlproduktion insoweit unecht ist, als nur wegen der Transportlücke nach Osten mehr Kohle und Energie der Eisenindustrie zugeführt werden konnte. Das kann unter Umständen sehr schnell aufhören. Es darf weiter nicht vergessen werden, daß in den Zeiten schlechtester Ausnutzung sehr notwendig gewordene Reparaturen erledigt werden konnten, und, weil dies jetzt nicht mehr so möglich ist, gewisse Gefahren in der Zukunft liegen. Neuerdings wurde von Staatskommissar Jacobi nicht ganz zu Unrecht ein weiteres Bedenken angemerkt: Die Produktionssteigerung in der Doppelmenge seien nicht so groß wie behauptet, weil beträchtliche Teile der Produktion vor der Währungsreform in die Komparten oder in die Hartung gegangen seien und infolgedessen den amtlichen Statistiken nicht bekannt waren. Dieser Einwand ist in bezug auf Kohle und Eisen nicht stichhaltig, wohl aber in den konsumstärkeren Industrien. Wir sind der Ansicht, daß auch nach Lage



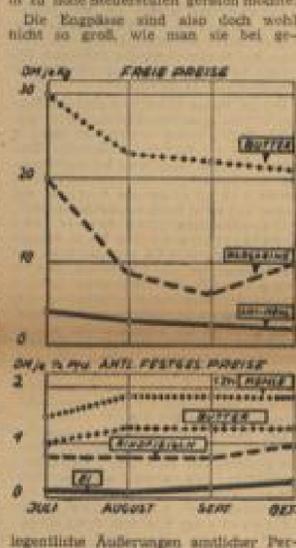
der Rohstoffzufuhr eine echte Produktionssteigerung in der häufig zu hohen Größe unwahrscheinlich ist. Nach ein weiterer Einwand wäre zu machen. Wenn wir auf den beliebigen Bildern sehen, daß die Produktion an Kohle, Eisen und Stahl stetig steigt, aber die Kurse der Aktien von den Unternehmern, die diese schweren Produkte herstellen, erhebliche Einbußen erleiden, dann ist dies nicht nur selb-

st, und gegen jede Regel verstoßen, sondern ein Gefahrenmoment für die zukünftige Produktionssteigerung. Wohl ist anzunehmen, daß der Eisenpreis bald erhöht wird, aber auch dann besteht diese Gefahr, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß, wenn die geforderte Preissteigerung keine entsprechende Erhöhung der Produktion ermöglicht. Wir wiederholen an dieser Stelle unsere These, daß die Produktion nur steigen wird, so lange die Preise steigen, bis sie einen Stand erreicht haben, an dem die Rentabilität wieder erreicht ist. Schließlich muß zur Beurteilung, inwieweit die gemeldeten Produktionssteigerungen echt sind, auch bekannt sein, wie viel von diesen Produktionssteigerungen für den eigenen deutschen Bedarf zu Verfügung stehen. Wir wissen heute weniger als je zuvor von unserer Wirtschaft. Darauf sind auch im wesentlichen die vielen Fehlschlüsse und Fehler in der amtlichen Wirtschaftsführung zurückzuführen.

Insbesondere ist leider nicht zu bestimmen, wie hoch die Umsatzeinsparungen des etwa 6. März 1948 betragenden Notenzumlaufs sind. Wir können in einem hier befragten Bild den Notenzumlauf bis Ende September mit dem Wert der D-Mark in Zürich vergleichen. Ein solcher Vergleich sagt nicht viel, zumal in heutiger Zeit die Statistik unserer D-Mark in Zürich hängt so gut wie gar nicht von unserer Wirtschaftsentwicklung oder dem Notenzumlauf ab. Sie wird allein bestimmt vom D-Mark-Angebot in Zürich, gerade dies entzieht sich eigenartigerweise in steigendem Umfang unserer Kenntnis. Die Entwertung der D-Mark ist deshalb in Zürich nicht abzulesen, sondern eigentlich nur an der Entwicklung der Preise in Deutschland. Da ergibt sich nun das sehr eigenartige Bild, das wir hier so graphisch dargestellt haben, daß die Preise an so viel gestärkten freien Markt sinkende Trends zeigen, aber sämtliche amtlich festgesetzten Preise deutlich steigende Trends haben. (Wer weiterversteht, die D-Mark) Die freie Wirtschaft ist bemüht, die Preise zu senken. Ein Beispiel für viele auf der letzten Hüttenauktion in Nürnberg haben sich die Gerber, bevor die Auktion begann, freiwillig einen Revers verpflichtet, nur bei einer bestimmten Preisstufe zu bieten. Gehen wir aber zu dem geschätzten Markt zurück, dann können man allein aus der Tatsache, daß die Preise sinken, und unter der Voraussetzung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage annehmen, daß das Angebot weicher steigt. Das ist relativ und absolut richtig. Die angebotenen Mengen steigen aber nur wenig, dagegen ging die Nachfrage bis vor etwa 8 bis 10 Tagen laufend zurück. Darin ist jetzt ein Wandel eingetreten. Seit Ende voriger Woche belebt sich die Nachfrage — wie vermehrt auf Grund der langsam wirkenden werdenden Lohnserhöhungen — und die freien Preise zeigen wieder steigende Trends, aber trotz steigenden Angebots, und zwar auf den beiden freien Märkten: dem offiziell freigegebenen und dem offiziell



legentliche Äußerungen amtlicher Personen „macht“. Vor allem scheinen uns die Engpässe nicht dort zu liegen, wo man sie mit den Medien gerne hinbringt. Wir wollen deshalb über die Rohstoffversorgung gar nicht viel sprechen, insbesondere deshalb nicht, weil immer wieder auf hoffentlich Munde erklärt wird, daß bei den importabhängigen Industrien durch die zugekauften Rohstofflieferungen kaum ernstliche Lücken in der Ver-



sorgung entstehen können. Wir denken vielmehr an einen anderen Engpaß: die Arbeitskraft. Es würde zu weit führen, die vielen Berichte der Arbeitsämter aufzuführen. Nehmen wir das Gemeinsame: Die Zahl der Arbeitslosen, von Ausnahmen abgesehen, nimmt ab. In einigen Teilen Deutschlands können schon wieder offene Stellen nicht besetzt werden, zu weit sogar von einem Kräftebedarf zu einigen Berichten gesprochen. Daran ist es auch keineswegs verwunderlich, daß die Lohnserhöhungen überall ziert durchzuführen. Nun ist hier gewiß eine Einschränkung zu machen. Die Arbeitslosen sind in einigen Gebieten Deutschlands immer noch ziemlich groß, aber die Einsatzfähigkeit ist sehr klein geworden. Der wesentliche Teil der Arbeitslosen setzt sich aus Angehörigen zusammen. Für sie wird es auch in absehbarer Zeit keine Arbeit geben, auch wenn die Produktion wirklich steigt. Bedenkt man weiter, daß die Arbeitsleistung seit der Währungsreform erheblich gestiegen ist, was aus vielen Berichten von Betrieben übereinstimmend hervorgeht, dann sieht man den Engpaß, den wir meinen, immer mehr rücken. In diesem Zusammenhang sei aber besonders er-

wahnt: das Zurückgehen der Krankmeldungen. Wenn also Krankmeldungen nachgelassen haben, die Arbeitsleistung gestiegen ist und einsatzfähige Kräfte nur noch in geringem Umfang arbeitslos sind, dann ergibt sich die bedenkliche Frage: wie soll eine weitere Produktionssteigerung erreicht werden?

Ein gewisses Pulver besteht noch in der Arbeitszeit. Viele Betriebe bemühen sich jetzt, zu einer 48-Stunden-Woche zu kommen. Ob man darüber hinausgehen kann, wird sich noch erweisen müssen. Der körperliche Zustand der deutschen Arbeiter — wir wissen in der letzten Ausgabe darauf ausführlich hin — ist noch nicht so weit, daß wir über 48 Stunden hinausgehen können. Insbesondere wird man erst einmal die Wirkung der Lohnserhöhungen abwarten müssen, damit die Arbeiter sich wenigstens alles das kaufen können, was sie auf dem Markt bekommen und vielleicht einen kleinen Zusatz vom freien Markt. Schließlich kann auch die Umschulung von Angestellten, wie sie jetzt geplant ist, weitere Arbeitskräfte für die Produktion schaffen. Wir halten aus diesen Quellen eine weitere Steigerung der Produktion um 10 bis 15% für möglich. Was darüber hinaus wünschenswert erscheint, bleibt der technischen Rationalisierung überlassen, muß also der Betriebsingenieur besorgen.

Insgesamt gesehen erscheint es uns also kaum möglich, in absehbarer Zeit

Tagesdurchschnitt in 1000 t	
1947	1948
230.000 t	306.000 t
1. Halbjahr 1947 . . . . . 244,3 t	
1. Halbjahr 1948 . . . . . 285,3 t	
3. Vierteljahr 1948 . . . . . 288,0 t	
Erste Oktoberwoche . . . . . 292,0 t	
Zweite Oktoberwoche . . . . . 301,0 t	
18. Oktober . . . . . 306,4 t	

das Produktionsniveau von 1936 auch nur annähernd zu erreichen. Die Preisentwicklung muß auch unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden.

## Nordseehäfen als Rivalen

Auf einer Veranstaltung der holländischen Handelskammer in der Schweiz erklärte der Präsident der Rotterdamer Handelskammer wörtlich: „Der Rhein ist das Rückgrat von Westeuropa. Die Völker am Rhein haben sich früher sehr gut verstanden, sie hatten eine Gemeinsamkeit in ihren Interessen, ihrer Arbeit und auch in ihrer Gesinnung. Ihre entscheidenden Beiträge zur Wiederverrichtung dieses Zustandes vermehrte vielleicht die Einsetzung einer „Rhein und Ruhr Development Organisation“ als übernationalen Instrument der Wohlfahrt zu leisten. Es könnte der Rhein eine stärkere Bindung zwischen den Völkern im wirtschaftlichen wie im kulturellen Sinne herbeiführen und helfen den Geist Westeuropas zu heben und das neue Europa daraus zu bilden.“

Diese in Basel ausgesprochenen, auf eine übernational westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft hin zielenden Gedanken klingen auch uns Deutschen recht erfreulich. Allerdings entspricht weder die reine Wirklichkeit noch immer dem in Bankrotreden zu hörenden erfreulichen Optimismus. Hat man doch erst wenige Tage vorher bei der Beratung des Transitverkehrs über die Rheinmündungshäfen (wir wissen darauf bereits in unserem Aufsatz „Die gefährdete Verkehrskapazität“ in Nr. 42) noch eine Frage, die gerade mit der Rheinmündungshäfen in unmittelbarer Verbindung steht, gar nicht nach den oben zitierten Worten des Rotterdamer Handelskammerpräsidenten behandelt. Es muß von deutscher Seite mit Bedauern festgestellt werden, daß man diese allerdings etwas heikle Frage nicht im Sinne der im Angehörigen möglichen Koordinierung aller Interessen, sondern zu Lasten des schwächeren deutschen Verhandlungspartners löste.

Selbst von norddeutschen Schiffahrtskreisen ist während der Verhandlungen in den vergangenen zwei Jahren und auch in den jetzt verlaufenen Protestschreiben die Notwendigkeit eines Transitverkehrs nach Deutschland für die Rheinmündungshäfen durchaus anerkannt worden. Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, nimmt gerade von belgischen und holländischer Seite immer wieder die Notwendigkeit wirtschaftlicher Zusammenarbeit betont wurde. Sicherlich konnte bei den Verhandlungen der deutsche Standpunkt nicht in der notwendigen Klarheit präzisiert werden, da ja die JELA, also keine deutsche Absperrung, als Verhandlungspartner Holland und Belgien auftrat. Da es überhaupt in der Frage der Nordseehäfen zu einem so scharfen Gegeneinander der Ansichten kommen konnte, liegt aber in erster Linie wieder in den Folgen des Krieges. Es wirkt sich besonders nachteilig aus, daß die deutsche Wirtschaft, die mit ihrem Außenhandelsbedürfnissen sowohl den deutschen wie den ausländischen Nachbarn zu einem wesentlichen Teil die Lebensimpulse einblies, sich immer noch in einem kümmerlichen Rahmen bewegt. Für Hamburg besonders ist es aber verhängnisvoll, daß mit der Blockierung der Elbe wenige Kilometer hinter der Stadtgrenze der wichtige Transportweg und damit das Hinterland weggefallen ist und dieser Hafen nun danach streben muß, seine Kapazitäten, sei es an Arbeitskräften oder an Verladeeinrichtungen, anderweitig auszunutzen.

Es muß andererseits auch anerkannt werden, daß es im größeren wirtschaftlichen Rahmen betrachtet höchst unrationell ist, den wichtigsten westeuropäischen und auch für das westdeutsche Industriegebiet Leistungsfähigsten und billigsten Transportweg, nämlich den Rhein, durch eine Blockierung zu einem großen Teil lahmzulegen. Doch darf man dabei nicht die veränderten Verhältnisse der Nachkriegszeit außer Acht lassen. Man darf nicht vergessen, wie schwer es Deutschland heute fällt, Devisen für Leistungen zu beschaffen, die es, wenn auch teuer, im eigenen Lande — in diesem Falle durch den Umschlag in den deutschen Häfen — ausführen könnte.

Deutschland muß, genau wie es die Wichtigkeit der belgischen und niederländischen Rheinhäfen für die westeuropäische Wirtschaft anerkennt, andererseits verlangen, daß man sich seine

Zahl der abgefertigten Schiffe nimmt Hamburg die erste Stelle vor Rotterdam ein, obwohl dieser Hafen gemessen nach den Nettotonnentonnen auch hier vor Hamburg und Antwerpen führt. Gerade aber von dem Warenumschlag in Rotterdam entfielen auf den Transitverkehr nach Deutschland mehr als zwei Drittel, während Antwerpen nur einen Anteil von 30% hatte. Aus dieser Tatsache ist es auch erklärlich, daß Rotterdam, das allerdings unter den Kriegsflootten besonders stark zu leiden hat, im Jahre 1947 erst 20% seines Güterverkehrs erreichen konnte, während Antwerpen bereits 102% (dieser Ziffer liegt im ersten Halbjahr 1948 noch höher) und Amsterdam inzwischen schon 70% verzeichnete. Hamburg konnte für diesen Zeitraum nur 23% Erden 20% und die Bremer Häfen 53% ausweisen. Wenn in den deutschen Häfen die Zahl der eingehenden Schiffe auch erheblich stieg, so ist die Tonnage doch nicht in dem gleichen Umfang mitgegangen, da der Einsatz deutscher Küstenfahrer mit sehr geringer Tonnage, die zahlenmäßig über 50% am Schiffsverkehr, an der Tonnage aber nur mit 15-20% beteiligt sind, immer stärker angewachsen ist.

Man rechnet damit, daß das neue Abkommen nicht für Antwerpen auf lange Sicht eine zusätzliche Warenbewegung von 1,5 Mill. t bringen wird. Nach Hamburger Schätzungen wird Hamburg von seiner Einfuhr ungefähr 42%, die Westhäfen 21% und Erden

Güterverkehr über See (abgerundet in Mill. t)

Häfen	1947			1. Halbjahr 1948		
	Eing.	Ausg.	Gen.	Eing.	Ausg.	Gen.
Rotterdam	30,3	15,8	46,2	2,2	1,4	3,6
Hamburg	22,5	7,4	30,0	1,4	0,9	2,3
Antwerpen	99,8	10,8	110,6	10,8	1,8	12,6
Rheinische Häfen	4,8	1,0	5,8	0,2	0,2	0,4
Amsterdam	2,1	1,1	3,2	0,3	0,7	1,0
Erden	4,8	3,8	8,6	1,4	2,3	3,7

## Am Ausguck: Seydlitz in Berlin

Diktaturen sind unberechenbar. Sie handeln aus Gründen, die nicht mit der Logik zu erfassen sind. Sie haben es den Machthabern im Krimi seit je, hater den Mauern ihrer Festung die Halle einer Sphinx zu spielen, die der 37rigen Welt unübersehbar schreckende Bismarck zeigt. Vorherben nun hat Moskau die Welt mit der Meldung überrascht, daß die Sowjetregierung den Beschluß gefaßt habe, die russischen Truppen aus Nordeuropa zurückzuziehen. Die Rückzug des Landes soll in diesem Tagen beginnen und bis zum Jahresende abgeschlossen werden. Das Überraschungsmoment liegt in der Tatsache, daß die Russen im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung ihre Entscheidung nicht von der Bellung abhängig gemacht haben, daß sich die Vereinigten Staaten gleichzeitig die militärische Besetzung Südchinas aufheben. Jetzt ist in der Weltpresse die Diskussion im Gange, ob Kurland den Abzug seiner Truppen überhaupt aus Rücksicht auf die koronatische Volksmeinung beschließen hat, oder ob es Ziele damit verfolgt, die mit Korea nichts mehr zu tun haben — mit anderen Worten, ob es mit seiner Friedenspolitik im Fernen Osten die Verhältnisse in Deutschland beeinflussen will. Molotov drängt ja schon seit einiger Zeit auf die Bewässerung Deutschlands, weil man in Moskau zu der Ansicht neigt, daß ein weiteres Vordringen der Kommunisten gegen den Rhein mit Hilfe einer bewährten Propaganda früher oder später möglich sein werde, und weil so der Marshall-Plan für Westeuropas am wirkungsvollsten substituiert werden könnte.

Nun wurde das aufsehenspannende Bild, zu dem Deutschland unter den überlebenden Organisationen der Welt steht, aber auch infolge einer vielfach widerspruchsvollen Besatzungspolitik geworden

ist, was wir im landläufigen Sinne oben unter Punkt verstehen. Zudem hat die Entwicklung im Dritten Reich gezeigt, daß gerade ein Teil der deutschen Generäle eine strahlende Intelligenz hat. Aber schließlich hat Herr Seydlitz nicht nur in seinem Stabe in einer elegant eingerichteten Villa, nahe von Moskau, während Tausende deutscher Soldaten vor Hunger und Kälte in den Weiten des Ostens elend umkamen.

Im Blickfeld des politischen Interesses dieser Tage stehen neben Berlin, dem Osten und der Dominanzkonferenz in London, besonders der Besuch Marshall in Ostdeutschland. Die Manöver der amerikanischen Mittelmeerflotte sind Zeichen einer wachsenden Aktivität der Westmächte. Ob aber dadurch die norddeutsche Grenze endgültig als Gefahrenherd der ost-westlichen Auseinandersetzung eingeschätzt sein dürfte, ist eine Frage, die man kaum ohne Zögern positiv beantworten kann. Auch in Indien haben die Strategen des „Kommintern“ offenbar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß der Ausschlag des Pendels nach der demokratischen Seite hin, ihnen die Chance sei immer aus den Händen gesunken habe. Vor allem aber ist es die Lage in Frankreich, die besondere Aufmerksamkeit beansprucht. Wir meinen damit nicht die Tagung der Vereinigten Nationen im Palais Chaillot. Die endlosen Debatten über Atomkontrolle und Abrüstung dürfen in Deutschland kaum noch mit besonderem regen Interesse verfolgt werden.

Mit lebhafter Anteilnahme registrieren wir an der Lage in Frankreich den Grad der politischen Herausforderung, welchen die Kommunistische Partei mit der Durchführung des Streiks in den Kohlebetrieben verbindet. Offenbar war es hier die Absicht des „Kommintern“, zu demonstrieren, daß der Arm der kommunistischen Partei stark genug sei, um die Land, das die Rolle über den Balkan Europas in Händen trägt, wirtschaftlich zu desorganisieren. In den letzten Monaten hat sich

die soziale Spannung in Frankreich so verschärft, so daß zur Ermüdungserscheinungen in Lager der Streikenden zu verhindern, daß die Dinge auf die Spitze getrieben würden. Aber auch bei einem solchen Ausgang hat die Regierung Quasile ihre Kräfte stark beansprucht. Ganz unklar ist es auch, welchen Einfluß die Wahlen von 7. November für den Rat der Republik auf die politische Situation in Frankreich haben werden. Vieles fragt man daran in Paris nicht mehr: wie lange wird Quasile noch präsidieren? wem kommt die Quasile? und vor allem: wie wird sein Regime aussehen? Für das Schicksal des deutschen Westens werden diese Fragen gleichfalls von weitgehender Bedeutung sein.

Aber auch in den Vereinigten Staaten, in denen jetzt die beiden Hauptvitalen des Wahlkampfes Truman und Dewey das Land in West und Ost, in Nord und Süd in Sonderfragen durchfahren, wird die Entwicklung Frankreichs kritisch verfolgt. Es organisiert sich jetzt die militärische westeuropäische Union, deren Mittelpunkt natürlich das britische Frankreich bilden soll. Dafür soll die französische Wehrkraft erhöht werden. Hierzu benötigt die französische Generalstabs die Ausrüstung von 20 neuen Divisionen. Das Material sollen die USA liefern. Noch schwerer geht für Washington ein richtiges Geschäft zu sein. Denn es weiß nicht, ob nicht die Nutznießer dieser Ausrüstung einmal die sein werden, gegen die sie gerichtet ist. Auf der anderen Seite muß aber der ganze Plan einer Westeuropäischen Union eine Division stellen, solange die Vereinigten Staaten nicht dazu übergehen, im Notfall und vor allem sehr wirksam zu unterstützen, d. h. es zu finanzieren. In diesem Dilemma befinde sich heute die USA. Bald wird eine praktische Lösung gefunden werden müssen, soll die sowjetische Propaganda nicht noch mehr erregt werden. Schon soll Seydlitz in Berlin stehen!









Welt-Warenmärkte

Getreidepreise sinken weiter

London, Nach Ansicht britischer Handelsleute sinkt der Getreideimportbedarf Westeuropas...

In London wurden die Getreidepreise weiter sinken, da die britische Regierung...

Die Getreidepreise sinken weiter, da die britische Regierung...

Schiffahrts-Nachrichten

Parma, Die zum 1. Oktober vorgesehene Eröffnung der Passagierschiffahrt...

Parma, Die zum 1. Oktober vorgesehene Eröffnung der Passagierschiffahrt...

Parma, Die zum 1. Oktober vorgesehene Eröffnung der Passagierschiffahrt...

Wirtschaftsrevue

Legierungen enthalten sind, eine widerstandsfähige...

Die Getreidepreise sinken weiter, da die britische Regierung...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT, 21. Okt. Die Frankfurter Wertpapierbörse zeigte im Laufe...

Die Frankfurter Wertpapierbörse zeigte im Laufe...